

Frau Dr. Kuchta:

Die Stadt Rheinbach plant den Bau eines „Hauses der Bildung“. Die Kosten könnten dann möglicherweise über den Zweckverband der Volkshochschule auf die anderen Kommunen umgelegt werden. Wie können die Politik und der Rat die Verwaltung gegen dieses Projekt unterstützen?

Antwort der Verwaltung:

Zunächst muss eine Lösung für die Geschäftsstelle der Volkshochschule gefunden werden. Das „Haus der Bildung“ wird ggf. erst später realisiert. Davor ist zunächst zu klären, ob die Dienstleistungen der VHS zentral oder dezentral angeboten werden.

Das „Haus der Bildung“ ist nicht nur eine Entscheidung der Zweckverbandsversammlung, sondern bedarf auch der Vorberatung durch die Räte z.B. im Rahmen der Haushaltsberatungen. Darüber kann die Politik entsprechenden Einfluss nehmen.